Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 296 — Freitag, 26. Juni 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden Fernsprech-Sammelnummer: 25241 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.60 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Sierisch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Verhandlungen Washington–Paris

Kommt Amerika Frankreichs Wünschen entgegen?

Paris, 26. Juni. Havas verbreitet folgende Auslassung: Die französische Regierung hat noch keine Antwort von der amerikanischen Regierung auf die Mitteilung erhalten, die sie am Mittwoch auf den Vorschlag Hoovers hat machen lassen. Jedoch hat die amerikanische Regierung nähere Angaben betreffend die technische Durchführung über den von Frankreich gemachten Vorschlag der ungeschützten Annuität (Inconditionnel) durch Deutschland und zu der Gewährung einer Anleihe an Deutschland durch Vermittlung der Internationalen Zahlungsbank erbitten lassen. Man folgert daraus,

daß die amerikanische Regierung die französische Antwort nicht zurückweist, sondern eine methodische Prüfung ihres Inhaltes vornimmt.

In Washington erklärte Stimson in einem Interview mit Pressevertretern, daß er auf Grund von zwei Besprechungen mit dem französischen Botschafter Claudel den Verlauf der Verhandlungen über den Moratoriumsvorschlag als günstig ansehe.

An den Einwendungen Frankreichs gegen eine Streichung der ungeschützten Zahlungen übt der „Daily Herald" erneut scharfe Kritik. Das der englischen Regierung nahestehende Blatt verurteilt auch die Pläne Frankreichs, diese Gelder Deutschland wieder in Form von Anleihen zur Verfügung zu stellen.

In amerikanischen Kreisen habe man erklärt, daß Frankreich aus dieser Transaktion einen Gewinn von rund 100 Millionen Mark herausholen würde, während Amerika und England erhebliche Opfer brächten.

Die Londoner „Times" berichtet aus Washington, Stimsons Beschluß, schon am Sonnabend nach Europa abzureisen, ist auf die Ueberzeugung zurückzuführen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo er mit Nutzen persönlich an den inoffiziellen Besprechungen und Verhandlungen teilnehmen kann, die in Europa im Gange sind.

Amerika soll, der „Times" zufolge, bereit sein, den französischen Wunsch nach einer Aenderung des Vorschlages, der die Integrität des Youngplanes aufrecht erhält, weit entgegenzukommen.

Wenn ein Plan ausgearbeitet werden könne, der die französische Oeffentlichkeit davon überzeuge, daß der Youngplan nicht für dauernd aufgehoben werde und der zugleich die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten davon überzeuge, daß die amerikanischen Opfer eine wirkliche Hilfe für Deutschland bedeuten, so würde die amerikanische Regierung einen solchen Plan fast sicher annehmen.

In starkem Gegensatz hierzu stehen amerikanische Meldungen, die die Hoffnung ausdrücken, daß Frankreich seinen Gegenvorschlag zurückziehen werde. Es wird dabei betont, daß Frankreich es sich nicht leisten kann, allein der allgemeinen Zustimmung zum Plan des Präsidenten Hoover zu widerstehen, da ein Mißerfolg des Vorschlages das Fortfallen der Hilfe Amerikas bei der Lösung der Frage bedeuten würde.

Aus Neuyork verlautet: Die Regierung in Washington ist sichtlich bemüht, alles zu vermeiden, was eine Verwirklichung des Hooverplanes als zweifelhaft erscheinen lassen könnte.

Sie verzichtet daher auf eine schriftliche Beantwortung des französischen Gegenvorschlages, der übrigens nach wie vor strengstens geheimgehalten wird.

Was über die Besprechungen Stimsons mit Claudel durchsickert, klingt zwar recht optimistisch, doch macht man sich schon auf eine längere Dauer der Verhandlungen gefaßt. **Die französische Forderung, daß die Reichsregierung den ungeschützten Teil der nächsten Young-Jahreszahlungen als Sicherheit für eine entsprechende Anleihe bei der BIZ. hinterlegt, wird von der amerikanischen Regierung wenigstens in der von Frankreich vorgelegten Fassung abgelehnt.**

Wie das Kompromiß ausfallen wird, ist völlig ungewiß, doch erwartet man in Washington, daß die Pariser Regierung letzten Endes nachgeben

und sich von Mellon und Stimson überzeugen lassen wird, daß der Hoovervorschlag keineswegs eine Bedrohung des Youngplanes bedeutet. Gleicher Auffassung sind die Finanzkreise, die in der 25-Millionen-Dollar-Beteiligung der Federal-Reserve-Bank an dem internationalen Kredit für die Reichsbank eine Bestätigung für ihren Optimismus sehen. Die republikanische Presse tut ihr möglichstes, um Frankreich zu beruhigen.

Schatzsekretär Mellon bei Flandin

Paris, 26. Juni. Schatzsekretär Mellon stattete noch in den Abendstunden des Donnerstag Finanzminister Flandin einen Besuch ab, der etwa zwei Stunden dauerte. Dabei wurden, wie die Blätter mitteilen, sämtliche Fragen erörtert, die den Hooverschen Plan betreffen. Finanzminister Flandin habe dabei dem Schatzsekretär die wirtschaftlichen und finanziellen Gründe auseinandergesetzt, die neben den politischen die französische Regierung zu ihrer Stellungnahme veranlaßt hätten. Mellon soll diesen Ausführungen viel Verständnis entgegengebracht haben, so daß man hofft, ein Kompromiß werde nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten.

Frankreich wünscht Garantie des Youngplans

Paris, 26. Juni. Am Freitagnachmittag wird sich die Kammer mit dem Vorschlag des Präsidenten Hoover und der französischen Antwort beschäftigen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, Hoover werde darauf hinweisen, daß sein Vorschlag den Youngplan als solchen gar nicht berühre, da es sich nicht um ein Moratorium, sondern um ein Feierjahr handele. **Wenn Hoover einwandfrei bestätige bzw. garantiere, daß der Youngplan nach einem Jahre wieder in seinem vollen Umfange in Kraft trete und daß die französischen Rechte in keiner Weise in Frage gestellt werden sollen, so sei es möglich, daß die Kammer in irgendeiner Form auch auf die ungeschützten Zahlungen verzichten werde.** Die französischen Gegenvorschläge hätten hauptsächlich bezweckt, eine Erklärung Hoovers über die Unverletzbarkeit des Youngplans hervorzurufen. Letztere Feststellung werde es der Regierung ermöglichen, den Sturm in der Kammer zu beschwichtigen.

Wirtschaftskonferenz für Südamerika?

Neuyork, 26. Juni. Wie die „Times" aus Washington meldet, erwägt Hoover auch eine Hilfsaktion für Südamerika, die selbstverständlich andere Formen annehmen müßte, als die Aktion für Europa, da es sich dort um vorwiegend wirtschaftliche Probleme und private Schulden, also nicht von Regierung zu Regierung handele. Es sei eine Wirtschaftskonferenz für Südamerika in Aussicht genommen.

England entlastet seine Schuldner

London, 26. Juni. In Verfolg der Entscheidung der britischen Regierung, Hoovers Vorschlag anzunehmen, ist, wie „Times" berichtet, den Regierungen, die vereinbarungsgemäß ihre Kriegsschulden an Großbritannien in Raten zahlen, mitgeteilt worden, daß weitere Zahlungen dieses Jahr nicht erwartet werden.

Neue Note Italiens an Stimson

Washington, 26. Juni. Das Staatsdepartement veröffentlicht eine vom italienischen Botschafter überreichte zweite Note, in der erklärt wird, Italien beabsichtige, den Moratoriumsvorschlag Hoovers am 1. Juli prompt und restlos auszuführen.

Die Mandatsniederlegung Dr. Bellmanns

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Juni. Die Mandatsniederlegung des Chemnitzer Reichstagsabgeordneten Dr. Bellmann hat in politischen Kreisen erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Der Entschluß geht zweifellos auf die scharfen Auseinandersetzungen zurück, die wegen der letzten Beschlüsse der volksparteilichen Reichstagsfraktion in der Volkspartei entstanden waren.

Dr. Bellmann gehörte zu denjenigen, die es ablehnten, auf Kompromisse einzugehen und die der Meinung waren, daß die Regierung zur Erfüllung der volksparteilichen Forderungen gezwungen werden müsse.

Schon damals hörte man in unterrichteten Kreisen, daß mit internen Schwierigkeiten in der Reichstagsfraktion gerechnet werden müsse. Der erste Ausbruch dieser inneren Krise ist das Ausscheiden Dr. Bellmanns.

Wie wir weiter dazu hören, war Dr. Bellmann wegen einer schweren Erkrankung schon seit längerer Zeit dem politischen Leben ferngeblieben. Er weilt gegenwärtig zur Erholung im Süden. In einem Briefe an den Parteiführer Dr. Dingeldey begründet Dr. Bellmann seine Mandatsniederlegung mit der Entwicklung der politischen Verhältnisse. Ueber die Nachfolge Dr. Bellmanns im Reichstag ist noch nichts entschieden. Auf der Liste der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau folgt der Kaufmann Alfred Baum. Es ist jedoch noch nicht sicher, ob dieser das Mandat annehmen wird.

Im übrigen scheint sich nunmehr zu bestätigen, daß die Bedenken, die von Anfang an gegen die Brüningschen Versprechungen in Sachen der Umbildung des Kabinetts vorgebracht worden sind, zutreffen. Wie wir aus Kreisen der Landvolkpartei zuverlässig erfahren, treffen die Darstellungen volksparteilicher Blätter nicht zu, daß der Reichskanzler dem Abgeordneten Dingeldey die Umbildung des Reichskabinetts zugesagt habe. Vielmehr sind die Aussichten für eine Kabinettsumbildung augenblicklich weit geringer als je in den vergangenen Monaten.

Polen setzt die Luftspionage fort

Schneidemühl, 26. Juni. Wie erst jetzt bekannt wird, hat am Mittwoch wiederum ein polnisches Flugzeug zweimal große Teile des Kreises Meseritz überflogen. Es handelt sich um einen Doppeldecker, der auf der einen Tragfläche die Buchstaben G. E., auf der anderen die Buchstaben B. P. B. B. und die polnischen Farben trug.

„Der Hooverplan kommt in zweiter Linie"

Paris erwartet, daß Deutschland nachgibt

Paris, 26. Juni Das Hauptaugenmerk der Pariser Presse ist heute auf die geplante deutsch-französische Zusammenkunft gerichtet. So sehr die Blätter diese Zusammenkunft, die man für Ende nächster Woche erwartet, auch begrüßen, so warnen sie doch vor übertriebenem Optimismus und vor allem davor, dem spontanen deutschen Angebot rückhaltloses Vertrauen zu schenken. Pertinax erklärt im „Echo de Paris",

daß der Hooverplan bereits in die zweite Linie gerückt sei. Die große Angelegenheit sei jetzt der Besuch Brünings und Curtius' in Paris.

Es stehe jedoch zu befürchten, daß die liebenswürdige Haltung, die man drei Monate nach dem Anschluß versucht und in der gegenwärtigen Offensive gegen den Youngplan gegenüber Berlin an den Tag lege, deutscherseits als eine Schwäche ausgelegt würde und zu neuen Forderungen führe. Der außenpolitische Berichterstatter des „Journal" betont, daß man die deutsche Haltung sehr wohl verstehe. Die Reichsregierung wisse, daß der Erfolg der Hooverschen Initiative von Frankreich abhänge, und man erhoffe von einer deutsch-französischen Zusammenarbeit noch viel mehr als die bloße Stundung der Reparationen. Jeder Mensch verstehe, daß die zeitweise Aufhebung der Reparationszahlungen nur dazu diene, eine günstige Atmosphäre zu schaffen, um Zeit für wirklich positive Hilfsmaßnahmen zu gewinnen. **In Berlin dürfe man sich jedoch nicht einbilden, daß Frankreich blindlings seine finanzielle Macht in ein Abenteuer stürze. Die französische Haltung gegenüber der österreichischen Krise sei hierfür der beste Beweis. Jeder Versuch der Zusammenarbeit sei gewissen Bedingungen untergeordnet, die zunächst einmal verwirklicht werden müßten. Die deutsche Finanzwirtschaft müsse wieder in geordnete Bahnen gebracht werden.**

Deutschland müsse weiter zum Beispiel auf die Zollunion verzichten und die Pläne für Grenzrevisionen aufgeben.

Der nationalistische „Figaro" warnt ebenfalls vor übertriebenen Hoffnungen. Das Blatt steht in dem Wunsch des Reichskanzlers, in direkte Beziehungen zu den französischen Ministern zu treten, lediglich einen Versuch, die französische Beunruhigung einzuschläfern, die über die Verwendung der durch das Moratorium freiwerdenden zwei Milliarden Mark bestehe. Das „Oeuvre" erinnert an die Beteiligung der Bank von Frankreich an den 100-Millionen-Dollar-Kredit für die Reichsbank und betont, daß Frankreich mehr getan habe, als es seine Pflicht gewesen wäre. Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius müßten nunmehr auch verstehen, daß Frankreich sich lediglich weigere, die Rolle des Uebervorteilten zu spielen.

Gefahren des deutschen Besuches in Frankreich

Berlin, 26. Juni. Zu dem Rätselraten über den Termin der deutsch-französischen Ministerbesprechung wird von der „DAZ." darauf hingewiesen, es könne unter keinen Umständen in Frage kommen, daß wir uns auf einen Termin festlegen ließen, der die Gefahr biete, daß unser Verständigungswille gewissermaßen gegen den Hooverplan ausgespielt werde. Der Wunsch nach einer Beschleunigung der Zusammenkunft gehe durchaus von der französischen Seite aus, weil man dort die drohende Isolierung fatal genug empfinde.

Deutschland habe durch den Mund des Reichskanzlers ein äußerstes Maß von Entgegenkommen und Verständigung bekundet. Jetzt könnten wir warten.

Es habe keinen Sinn, das Ergebnis der Aussprache gleich dadurch vorauszunehmen, daß einseitig auf unsere Kosten die französischen Wünsche berücksichtigt werden. Vor der Inkraftsetzung des Hooverplanes wäre die Zusammenkunft höchst bedenklich. Sie könne sehr gut bis nach Fortsetzung der Besprechungen mit den englischen Staatsmännern und dem Besuch Stimsons hinausgeschoben werden.

Noch keine französische Einladung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Juni. Wie die „Germania" aus Paris meldet, ist dort von einer amtlichen Verlautbarung über die angeblich bereits erfolgte Einladung des Reichskanzlers und Reichsaußenministers nach Paris nichts bekannt. Diese Mitteilungen, so heißt es, dürften sich vielmehr auf Aeußerungen politischer Persönlichkeiten in den Wandelgängen der Kammer stützen, worin diese zum Ausdruck brachten, daß Außenminister Briand dem Reichskanzler habe wissen lassen, daß die Regierung seinem Besuch mit Vergnügen entgegensehe. Diese Erklärung habe der Außenminister gelegentlich des letzten Besuches des deutschen Botschafters **am Mittwoch abgegeben.**